Bundeskanzleramt

Bundesministerin für EU und Verfassung

Geschäftszahl: 2020-0.809.751

42/4.1

Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

EU; Informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine Angelegenheiten

zuständigen Ministerinnen und Minister am 24. März 2020

Am 24. März 2020 fand eine informelle Videokonferenz der für den Rat Allgemeine

Angelegenheiten zuständigen Ministerinnen und Minister statt. Behandelt wurden die EU-

Erweiterung sowie die Antwort der EU und der Mitgliedsstaaten auf die COVID-19

Pandemie.

Erweiterung sowie Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess

Die Ministerinnen und Minister einigten sich darauf, die Beitrittsverhandlungen mit der

Republik Nordmazedonien sowie mit Albanien zu eröffnen. Der kroatische Ratsvorsitz

betonte, dass diese Entscheidung die Handlungsfähigkeit der EU zeige, auch in Zeiten der

Krise. Die formale Annahme der entsprechenden Ratsschlussfolgerungen im schriftlichen

Verfahren werde unmittelbar nach der Videokonferenz eingeleitet und die Entscheidung

bei der Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rates am 26. März gebilligt

werden.

Ich begrüßte die gelungene Einigung auf Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit

Nordmazedonien und Albanien als wichtiges Signal und verwies auf das auf Initiative von

Bundeskanzler Sebastian Kurz als Videokonferenz abgehaltene Westbalkan-Gipfeltreffen

am 17. März, das erneut die Bedeutung enger Kooperation gezeigt habe. Als wichtiges

Thema hob ich auch die Rechtsstaatlichkeit gemäß der neuen Erweiterungsmethodik

hervor.

Antwort der EU und der Mitgliedsstaaten auf die COVID-19 Pandemie

Kommissar Olivér Várhelyi führte einige Aspekte in Bezug auf die Maßnahmen der

Kommission in Reaktion auf die COVID-19 Pandemie aus.

Ich betonte die Wichtigkeit der Koordinierung auf EU-Ebene zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie unter Berücksichtigung der nationalen Kompetenzen, insbesondere auch in Bezug auf die Aufhebung der verhängten strikten Eindämmungsmaßnahmen. Ich hob hervor, dass trotz Eindämmungsmaßnahmen die Aufrechterhaltung der Versorgungsketten sichergestellt werden und die EU die richtigen Lehren aus der Krise ziehen muss.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

11. Dezember 2020

Mag. Karoline Edtstadler Bundesministerin